

Kantonsrat*Parlamentsdienste**Rathaus / Barfüssergasse 24**4509 Solothurn**Telefon 032 627 20 79**Telefax 032 627 22 69**pd@sk.so.ch**www.parlament.so.ch*

A 062/2010 (FD)

Auftrag Geschäftsprüfungskommission: Linux-Strategie des Kantons Solothurn (11.05.2010)

Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat über den bisherigen Verlauf und den aktuellen Stand des Projektes zur verwaltungsweiten Einführung von Linux als strategischem Informatikbetriebssystem Bericht zu erstatten und Perspektiven für den weiteren Verlauf inklusive Terminplan und zu erreichenden Meilensteinen aufgeschlüsselt nach Departementen bzw. Geschäftsbereichen vorzulegen. Der Bericht soll bis zum 1. Oktober 2010 vorliegen und insbesondere darüber Auskunft geben, welche Kosten bisher für dieses Projekt angefallen sind und mit welchen Kosten noch zu rechnen ist sowie aufzeigen, welche Schwierigkeiten bei der Realisierung bisher aufgetreten bzw. noch zu erwarten sind und wie diesen begegnet wird. Ebenso soll er aufzeigen, welche Anwendungen auch zukünftig unter Windows betrieben werden.

Begründung (11.05.2010): schriftlich.

Das Projekt zur Einführung von Linux als strategisches Informatikbetriebssystem und damit verbunden der Wechsel einer Vielzahl von Anwenderprogrammen dauert nun schon längere Zeit an, es ist auch verschiedentlich Gegenstand der Berichterstattung in den Medien gewesen. Es gibt, insbesondere verwaltungsintern seit der Freigabe der Desktopanwendungen für die Anwenderinnen und Anwender, viel Kritik an diesem Projekt. Neue und praktisch für die gesamte Verwaltung tagtäglich genutzte Programme stellen hinsichtlich der zur Verfügung stehenden Funktionalität zum Teil erhebliche Rückschritte dar (Scalix Webmail Client im Vergleich zu Microsoft Outlook) oder haben bei der Einführung enorme Verspätung (Ambassador Geschäftskontrollsystem, welches das windowsbasierte Konsul ablösen soll). Ohne effiziente und gut funktionierende Informatikinfrastruktur ist effektive und reibungslose Arbeit in einem Betrieb in der Grössenordnung des Kantons Solothurn nicht möglich. Wenn, wie im Kanton Solothurn, bewusst eine Politik der knappen personellen Ressourcen betrieben wird, kann der Stellenwert der zur Verfügung gestellten Informatikinfrastruktur gar nicht überschätzt werden. Bei knappen personellen Ressourcen muss eine leistungsfähige Informatikinfrastruktur zur Verfügung stehen, damit die Verwaltung ihren Aufgaben gegenüber der Öffentlichkeit ohne unnötige technisch bedingte Verzögerungen oder interne und externe Reibungsflächen nachkommen kann. Der Regierungsrat hat zwar einige wegweisende Beschlüsse gefasst, die Umsetzung dieser Beschlüsse aber fast ausschliesslich dem Amt für Informatik und Organisation überlassen, dem von Seiten der anderen Amtsstellen in vielen Fällen eher Opposition als Unterstützung entgegengebracht wird. Das WoV-Gesetz verlangt aber, dass der Regierungsrat für ein systematisches Controlling und damit für einen Steuerungsprozess von Zielfestlegung, Planung, Umsetzung und Kontrolle auf den Ebenen Regierung, Departemente und Dienststellen sorgt (§ 8 WoV-Gesetz). Eine klare Projektorganisation inklusive Controlling auf Regierungsebene ist nicht feststellbar; es entsteht daher der Eindruck, der Regierungsrat und die obersten Führungsebenen der Verwaltung stünden nicht hinter dem Projekt bzw. sorgten nicht mit dem nötigen Nachdruck dafür, dass alle am selben Strick in die selbe Richtung ziehen.

Die Frage, mit welchen Informatikmitteln und -systemen die Verwaltung arbeitet, ist grundsätzlich eine operative Frage in der Kompetenz des Regierungsrats. Das Linuxprojekt ist jedoch für die gesamte kantonale Verwaltung und für die Art und Weise, wie diese ihre Dienstleistungen für die Öffentlichkeit erbringt, von absolut zentralster Bedeutung. Wenn bei der Umsetzung eines derartigen Projektes der Eindruck entsteht, die Kosten könnten aus dem Ruder laufen oder das Projekt könne eventuell nicht erfolgreich abgeschlossen werden, dann ist es umso wichtiger, dass der Regierungsrat seiner Führungsverantwortung unter den Rahmenbedingungen von WoV gerecht wird und auch gegenüber Parlament und Öffentlichkeit mit einer entsprechenden Berichterstattung für Transparenz sorgt. In einem solchen Bericht kann er aufzeigen, wie die strategische Steuerung des Projektes hinsichtlich der Risiken erfolgt und wie er als oberstes Führungsorgan einerseits seine Entscheide verwaltungsintern kommuniziert und durchsetzt und wie er andererseits mit der internen Kritik umgeht. Die Feststellung von Risiken ist eine Seite der Medaille, mit welchen Grundsatzentscheiden ihnen konkret begegnet wird, ist die andere. In diesem Zusammenhang interessiert namentlich auch die Frage, ob es einen Plan B gibt, für den Fall dass das laufende Projekt aus irgendwelchen Gründen scheitern sollte.

Unterschriften: 1. Willy Hafner, 2. Susanne Koch Hauser, 3. Sandra Kolly, Barbara Streit-Kofmel, Samuel Marti, Rolf Sommer, Remo Ankli, Enzo Cessotto, Leonz Walker, Andreas Ruf, Peter Schafer, Alexander Kohli, Iris Schelbert-Widmer, Ulrich Bucher. (14)